

Kloster Drepung von chinesischer Polizei belagert: Saka Dawa Praxis verboten

Wie das tibetische Zentrum für Menschenrechte und Demokratie aus zuverlässiger Quelle erfuhr, haben die chinesischen Behörden die während des für die Buddhisten bedeutsamen Monats Saka Dawa übliche Praxis des Nyung Ne (Fastens) verboten. Am Vollmondtag im Monat Saka Dawa gedenken Buddhisten der Geburt, der Erleuchtung und des Todes (Parinirvana) von Gautama Buddha. Die Feierlichkeiten erstrecken sich gewöhnlich über den gesamten vierten Monat des tibetischen Kalenders (Mai oder Juni).



Kloster Drepung

Im Kloster Drepung wird die Nyung Ne Praxis zwei Wochen lang vom ersten bis zum fünfzehnten Tag des vierten tibetischen Monats durchgeführt. Seit dem Volksaufstand von 2008 hat die Regierung diese jedoch verboten. Das Kloster Drepung wandte sich dieses Jahr wiederholt an die Behörden mit der Bitte, die Tradition fortsetzen zu dürfen, was schließlich gestattet wurde.

Deshalb strömten die Gläubigen seit dem 30. Mai zu dem Kloster, wo man Vorbereitungen für das Fest und die Gebetszeremonien traf. Plötzlich tauchten jedoch Kader eines chinesischen Arbeitsteams und die im Kloster stationierte Polizei auf und befahlen den Mönchen des „Hardhong Khangtsen“, die für die Durchführung der Rituale zu Saka Dawa zuständig sind, alle Vorbereitungen für Nyung Ne sofort einzustellen. Die Gläubigen, bei denen es sich zumeist um ältere Leute handelte, die unter großer Anstrengung zu dem Fest gekommen waren, wurden angewiesen, sofort nach Hause zurückzukehren.

Aus Furcht, es könnte zu Protesten kommen, ließ die Regierung paramilitärische Kräfte um das Kloster herum aufmarschieren, mit dem Zweck die Ortsansässigen, Mönche und Nonnen, die sich zu dem Fest versammelt hatten, einzuschüchtern.

Etwa 60 Offizielle, darunter auch drei hochrangige Parteikader, sind nun in dem Kloster anwesend, um dort die „Schulung in Recht“ vorzunehmen. Zusätzlich ist seit 2008 eine kleinere Abteilung der PAP (People's Armed Police), die angeblich das Gelände vor Feuersbrunst schützen soll, in dem Kloster stationiert, um das Tun und Treiben der Mönche zu überwachen.

Das Tibetische Zentrum für Menschenrechte und Demokratie ist entsetzt über diesen eklatanten Eingriff der Behörden in das religiöse Leben des tibetischen Volkes und die grobe Mißachtung seines Rechts auf Religions- und Redefreiheit. Es ruft die chinesische Regierung auf, diese empörenden Maßnahmen sofort rückgängig zu machen.